Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, — zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich vierteljährlich ℳ 6, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Redaktion und Expedition:
Johannisgasse 8.
Fernsprecher 153 und 222.
Filialexpeditionen:
Alfred Hahn, Buchhdlg., Universitätsstr. 3,
L. Lösche, Katharinenstr. 14, u. Königspl. 7.

Haupt-Filiale Dresden:
Strehlener Straße 6.
Fernsprecher Amt I Nr. 1713.

Haupt-Filiale Berlin:
Königgrätzer Straße 116.
Fernsprecher Amt VI Nr. 8393.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und des Königlichen Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Reklamen unter dem Redaktionsstrich (4gespalten) 75 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰.
Tabellarischer und Ziffernsatz entsprechend höher. — Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰ (excl. Porto).
Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.
Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Die Expedition ist wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.
Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

Nr. 558. Sonntag den 2. November 1902. 96. Jahrgang.

Aus der Woche.

Mit der Annahme der Kommissionsbeschlüsse auf Bindung der Viehzölle im Zollgesetz hatte die agrarische Opposition gegen die Zollreform ihren Höhepunkt erreicht. Eigentlich in jenem Augenblicke schon überschritten. Die Wendung, deren Symptome täglich deutlicher hervortreten, hatte schon vorher ihren Anfang genommen und die Mindestzölle für Vieh fanden wohl nur deshalb noch eine Mehrheit, weil dieser Beschluß „nichts mehr verschlug", nachdem die Erhöhung der Minimalsätze für Getreide die Arbeit zweiter Plenarlesung ohnehin zu einer fruchtlosen gemacht hatte. Man konnte noch einmal auf seinem Standpunkte beharren, ohne irgend etwas zu gefährden, und man glaubte im Zentrum dies tun zu müssen, weil man hier die Erkenntnis von der Aussichtslosigkeit einer wesentlichen Umgestaltung der Regierungsvorlage im Kreise der Wähler noch nicht für genügend verbreitet erachtete. Aber der Operationstisch, auf dem den Patienten der Staar gestochen werden soll, wurde schon bei dieser Abstimmung über die Viehzölle hergerichtet. Graf Ballestrem ist ein im bäuerlichen Zentrumskreisen hochangesehener Mann, und er stimmte gegen die Bindung der Vieh- und Fleischzölle und somit gegen seine Partei. Das war ein Verhalten, geeignet und wohl auch bestimmt, bei den ländlichen Zentrumswählern Eindruck zu machen, und die Parteileitung ist diesem Abgeordneten gewiß dankbar dafür, daß er sich gegen sie gewandt. Der Umstand, daß Graf Ballestrem, solange er Präsident des Reichstages ist, nicht in der Fraktionsliste geführt wird, beeinträchtigt das Gewicht seines Votums für seine Partei und innerhalb derselben selbstverständlich nicht. Die Nichterwähnung der Parteizugehörigkeit des bei der Leitung der Verhandlungen zu strenger Unparteilichkeit verpflichteten Präsidenten ist ein alter, hübscher, aber politisch nichts bedeutender Brauch. Bei großen politischen Entscheidungen bleibt so ein Mann, was er als Abgeordneter war, und seine Autorität bei den politischen Freunden wird, sofern er, was beim Grafen Ballestrem im hohen Maße der Fall ist, als Präsident die Achtung und Verehrung auch der anderen Parteien genießt, durch die das äußerliche Fernbleiben vom Fraktionsverbande bedingende höchste parlamentarische Stellung nicht vermindert sondern gehoben.

Durch des Grafen Ballestrem Votum gegen die einschneidendsten der vom Zentrum mitgefaßten Kommissionsbeschlüsse wird dem Gros dieser Partei der Rückzug auf die Regierungsvorlage moralisch außerordentlich erleichtert. Praktisch ist diese Bewegung gefördert und gewissermaßen eingeleitet worden durch die Abstimmung des Abg. Müller-Fulda über die Viehzölle, die sich mit der des Grafen Ballestrem deckte. Herr Müller ist der handelspolitische Generalissimus einer sehr starken Gruppe des Zentrums, und um die Fahne, die er abseits und sogar in einer Feindseligkeit verkündenden Haltung aufgepflanzt, wird sich ein großer Bruchteil der klerikalen Fraktion in dritter Lesung scharen. Darüber, daß er nicht des Verrats beschuldigt werden wird, war Herr Müller wohl schon vorher — um wenig zu sagen — beruhigt, weil es Tatsache ist, daß seine, sowie die Abstimmung des Abgeordneten Grafen Ballestrem in der Zentrumspresse bisher fast gänzlich ignoriert worden sind.

Diese beiden Boten — die weiter aus dem Zentrum im gleichen Sinne abgegebenen wollen nicht viel besagen — bildeten das erste Signal zum Abmarsch in der Richtung der Bundesratsvorlage. Nummer zwei war der energische Griff, mit dem der beim Vieh noch „fest"gebliebene Abgeordnete Herold mit seiner ganzen Partei und — was wertvoll ist — unterstützt von Konservativen, dem Frhrn. v. Wangenheim und somit der Leitung des Bundes der Landwirte das Löwenfell von der — natürlichen Bedeckung riß. Der Anblick, den die also in ihrer Schwäche Enthüllten boten, war komisch, und belustigend war die Sozialdemokraten anzuschauen, die, unausgesetzt auf Mißbrauch der Geschäftsordnung sinnend, durch eine vollkommene loyale Benutzung dieses Hausgesetzes des Reichstags in einen Zustand maßloser Verblüffung gerieten. Der Lustspiel-Effekt wurde noch verstärkt durch den Umstand, daß die Verlegenheit und der Zorn der „Wortführer der Armen und Aermsten" erregt waren durch eine Niederlage der „fortgeschrittensten Brotwucherer". Daß Sozialdemokratie und extremagrarische Berufsagitatoren denselben Strang ziehen und einander brüderlich die Hände reichen, war freilich nichts Neues, aber noch niemals mit solcher Molièreschen Unerbittlichkeit bloßgelegt worden wie durch den unverhohlenen Schmerz eines Singer über den Uebergang zur Tagesordnung über einen Antrag Wangenheim.

Betreten von dem gemeinsamen Mißgeschick der Bundesleitung und der Sozialdemokratie war man aber auch in Kreisen, wo man die Beseitigung des Antrags Wangenheim nicht tadeln durfte. Der Linksliberalismus, namentlich dessen rechter Flügel, witterte sofort etwas wie Grabesdunst für die freihändlerischen Ideale. Und ihr Geruchssinn dürfte sie nicht betrogen haben. Noch ist freilich die Lage eine unsichere und die Mitteilung von bereits getroffenen definitiven, für die Regierungen annehmbaren Vereinbarungen sind mit größter Vorsicht aufzunehmen. Aber gewiß ist der konservative Freiherr v. Mantenffel aus der lange beobachteten politischen Zurückgezogenheit nicht herausgetreten und in den Wandelgängen des Reichstags erschienen, um die Wiederaufnahme einer Schutzgesetzaktion oder die Angelegenheit der katholischen Fakultät in Straßburg zu betreiben. Es wird ernstlich, d. h. mit ernsten Absichten, verhandelt; dies steht fest. Der Erfolg ist, wie gesagt, nicht sicher, indessen die von Ausgabe zu Ausgabe sich mehrende Angst der freisinnigen und verwandten bürgerlichen Presse darf als guter Barometerstand angesehen werden. Die Herren dieser Richtung sind bekanntlich erbitterte Gegner der Regierungsvorlage; die unannehmbare Erweiterung derselben war daher der Fels, auf den sie bauten. Ein Symptom dieser Furcht ist auch der Antrag Barth gewesen, die Weiterberatung des Zollgesetzes auf unbestimmte Zeit zu vertagen. Der Antrag war lange geplant und hätte wenigstens mit Sophistenkünsten begründet werden können, ehe das von Leistungsfähigkeit und Zweckbewußtsein zeugende Fortblasen der Wagenheimschen Hindernisse die Behauptung, jede Weiterberatung sei nutzlos, zu nichte gemacht hatte. Herr Barth war vielleicht rechtzeitig aufgestanden, aber er hat zu lange mit seiner Toilette zugebracht. So erntete er ein den unbefangenen Zuschauer erheiterndes Fiasko; er zog sich mit seinem Antrag aber zugleich ein Unglück zu, das ihm verhängnisvoll werden kann. In dem Augenblicke, wo er die Zollangelegenheit unerledigt in den Sumpf zu werfen empfahl, sprach sich der, aus allen Teilen des Reiches gut besuchte Ausschuß des Handelsvertragsvereins einmütig dahin aus, daß „die derzeitige Unsicherheit der handelspolitischen Zukunft für den Geschäftsgang von Handel und Industrie unerträglich" sei. Nur Herr Barth wollte diese Unsicherheit auf unbestimmte Zeit verlängern. Das kann der Freisinnigen Vereinigung bei den nächsten Wahlen um so übler bekommen, als der Handelsvertragsverein anscheinend den Kampf gegen die Regierungsvorlage aufgegeben hat. In seiner jüngsten Resolution ist die in den bisherigen Kundgebungen so heftig vorgetragene Verurteilung der Erhöhung von Lebensmittelzöllen auch nicht einmal andeutungsweise wiederholt. Der Handelsvertragsverein scheint „umgefallen" zu sein, und wenn das an seinem grünen Holze geschieht, so wird selbst die freisinnige Kritik einen Verzicht der Rechten auf bisher festgehaltene Mehrforderungen nicht scharf tadeln dürfen. In dem Prinzip, in dem Gebiete, wo eine Sinnesänderung vielleicht als „Umfall" verübelt werden dürfte, war eine große Mehrzahl der Majorität von Anbeginn einig. Man wollte wesentlich eine Verstärkung des landwirtschaftlichen Zollschutzes und überhaupt die Möglichkeit, zu Handelsverträgen zu gelangen. Jetzt handelt es sich um Quantitätsfragen, deren Beantwortung, nachdem eine wirksame Erhöhung der landwirtschaftlichen Zölle schon von der Regierung vorher vorgesehen ist, naturgemäß unter dem Gesichtspunkte des zweiten Postulats, dem Verbleiben bei der Vertagungspolitik, zu erfolgen hat. Wenn der Freisinn wissen will, was ein wirklicher Umfall ist, so mag er in seinen eigenen Annalen blättern. Der am eigenen nationalen Programm bei der Schaffung der Reichsverfassung geübte Verrat, sein Abfall im Kulturkampf sind Beispiele echten Umfalls. In der Zollangelegenheit handelt es sich jetzt aber nur um Groschen mehr und Groschen weniger, und derartiges — das muß sogar den sonst so prinzipienstarren Wählern einleuchten — reicht nicht aus, um einen Starrkopf im Lichte eines Helden erscheinen zu lassen.

Deutsches Reich.

C. H. **Berlin**, 1. November. (Abg. v. Vollmar über das Zentrum.) Der Abg. v. Vollmar, der sich höchst selten in Berlin hören läßt, hat sich dieser Tage in dem bis auf den letzten Platz gefüllten Saale bei Buggenhagen vor den Genossen des III. Berliner Wahlkreises in einer langen und interessanten Rede über das Zentrum und die Sozialdemokratie ausgesprochen. Er schlug energische Töne gegen das Zentrum an, das mit aller Macht zu bekämpfen sei. Freilich müsse man hierbei das religiöse Moment bei Seite lassen, denn der Programmsatz „Religion ist Privatsache" könne nichts anderes bedeuten wie volle Neutralität gegenüber den kirchlichen und religiösen Lehren, soweit sie nicht zu politischen Machtzwecken benutzt werden. Die ausschlaggebende Stellung, die das Zentrum jetzt habe, verdanke es nur der Tatsache des Kulturkampfes. In Bayern habe vor diesem eine Zentrumspartei kaum bestanden; sie habe sich erst bilden können, nachdem das Volk gesehen, daß der Gendarm in der Sakristei gebieten solle. Das Zentrum habe dann kluger Weise den demokratischen Mantel umgehängt und gegen den Militarismus gewettert. Nachdem es aber zur Macht gelangt, sei es aus der militärfeindlichsten die militärfrommste Partei geworden; heute spiele es sich sogar als die eigentliche Kaiserpartei auf. Habe der Abg. Gröber doch erklärt, das Zentrum sei das festeste Bollwerk des Thrones, ohne das die christliche Gesellschaft vernichtet werden würde. Was solche Erklärungen auf sich hätten, ginge freilich daraus hervor, daß seiner Zeit der Papst den Katholiken Frankreichs empfohlen habe, den Uebergang von der Monarchie zur Republik zu vollziehen. Das Zentrum lasse sich eben vollständig für die Zwecke der römischen Kurie gebrauchen, die in jedem Staate eine andere Politik vorschreibe. Einen eigenen Willen habe es nicht, am wenigsten den, freiheitliche Errungenschaften zu erhalten. Das habe man bei der lex Heinze gesehen und sehe es täglich. Jetzt spiele es sich als eine Arbeiterpartei auf. Alles, was auf sozialpolitischem Gebiete geschehe, solle ihm zu verdanken sein. Nun habe aber Bischof Korum erklärt, daß man Sozialpolitik treiben müsse, sonst fielen die Arbeiter ganz der Sozialdemokratie zu; es sei also nur ein Konkurrenzbestreben, was das Zentrum zur Erörterung der sozialpolitischen Angelegenheiten treibe. Bischof Ketteler von Mainz habe seinerzeit den Abg. Fritzsche, Vertreter von Berlin IV im Reichstage, als ein Muster hingestellt und den Anschluß an die von ihm, Fritzsche, geleitete Gewerkschaftsorganisation empfohlen; heute aber betreibe das Zentrum die Gründung konfessioneller Gewerkschaften. Das werde jedoch nicht viel nützen und den Siegeszug der Sozialdemokratie nur wenig aufhalten, wenn diese es verstehe, den katholischen Arbeitern ein Licht über das Zentrum aufzustecken. Volle zwei Stunden sprach Vollmar und erntete stürmischen Beifall. Vielleicht bezog sich dieser am meisten darauf, daß der Redner versicherte, aus den bevorstehenden Kämpfen, die heißer und allgemeiner werden würden als je zuvor, werde die Sozialdemokratie als die ausschlaggebende Partei hervorgehen. Aber jedenfalls fielen auch seine Mahnungen zur Bekämpfung des Zentrums auf fruchtbaren Boden.

+ **Berlin**, 1. November. (Zur Kräftigung der Wohnungsreform.) Der „Verein Reichs-Wohnungsgesetz" schickt sich an, einige Schritte zu tun, die, gutes Gelingen vorausgesetzt, wohl geeignet sind, die Wohnungsreform ein gutes Stück vorwärts zu bringen und der ganzen Wohnungsreformbewegung die ihr so dringend nötige größere Einheitlichkeit und Wucht zu verleihen. Zunächst befindet sich ein großes, einheitliches und umfassendes Reformprogramm für die ganze Wohnungs- und Ansiedelungsfrage in Vorbereitung. Ein Entwurf ist unter sorgfältiger Berücksichtigung der schon jahrelang während wissenschaftlichen Vorarbeiten des Vereins von dessen Geschäftsführer ausgearbeitet worden und wird demnächst im Vereinsauftrage, wenn vorläufig auch nur als Privatarbeit des Verfassers und ohne vorangegangene Stellungnahme des Vereins dazu, veröffentlicht werden. Die hervorragendsten Sachkundigen auf dem Gebiete der Wohnungsfrage in Deutschland sollen dann gebeten werden, unter Benutzung dieses Entwurfes als Grundlage ihre wertvolle Mitwirkung zur Feststellung des endgültigen Programms zu leihen. Es steht zu hoffen, daß ein dergestalt aus so langwierigen und sorgfältigen Vorbereitungen hervorgegangenes Programm dann auch einen sicheren und guten Berater und Führer für alle Wohnungsreformbestrebungen abgeben wird. Der Verein Reichs-Wohnungsgesetz beabsichtigt weiter, die so angeknüpften Verbindungen mit den wichtigsten Trägern und Leitern der Wohnungsreformbewegung dauernd festzuhalten und weiter auszubauen. Er ist nämlich schon zur Zeit mit einer gründlichen Aenderung seiner ganzen Organisation beschäftigt. Er beabsichtigt, eine beträchtliche Anzahl der Leiter und Führer der Wohnungsreformbewegung in Deutschland zu bitten, als ein über das ganze Reich verbreiteter Ausschuß in die Organisation des „Vereins Reichs-Wohnungsgesetz" einzutreten. Zugleich sollen Ortsgruppen des Vereins gegründet oder noch lieber bestehende tätige Wohnungsreformvereine als Ortsgruppen gewonnen werden. Auf diese Weise würde allmählich eine Art Zentralorganisation und Vereinigung all der verschiedenen Wohnungsreformbestrebungen geschaffen werden. Zur Klärung der Meinungen und namentlich zur Belebung und Kräftigung der ganzen Reformströmung ist dann endlich ein Allgemeiner Deutscher Wohnungskongreß vom Verein Reichs-Wohnungsgesetz ins Auge gefaßt, etwa für den Herbst 1904. Nimmt man zu dem allen noch hinzu, daß der Verein im Winter 1903 auf 1904 wahrscheinlich in eine starke und schon lange geplante Agitation für ein Vorgehen des Reiches in der Wohnungs- und Ansiedelungsfrage eintreten wird, so wird man zugeben müssen, daß sich, wenn nicht unvorhergesehene Dinge vorkommen, eine wesentliche Belebung und Kräftigung der Wohnungsreformbestrebungen bei uns in Deutschland für die nächsten Jahre erwarten läßt.

△ **Berlin**, 1. November. (Abkürzung der Geschäftszeit.) Viele Anzeichen deuten darauf hin, daß, nachdem der 9 Uhr-Ladenschluß allgemein durchgeführt ist und sich in die Gewohnheiten der Allgemeinheit verhältnismäßig leicht eingelebt hat, in absehbarer Zeit weiter gegangen wird im Erstreben einer Abkürzung der Geschäftszeit. Nicht wenig bemerkenswert ist, wie in den kaufmännischen Geschäften ohne Verkaufsläden, in welchen die durch eine Mittagspause nicht geteilte Arbeitszeit üblich ist, die Dauer der Arbeit kürzer zu sein pflegt, als bei den Betrieben mit geteilter Arbeitszeit. Unter den verschiedenen Gewerbegruppen findet sich ungeteilte Arbeitszeit in nicht ganz unerheblichem Maße in der Spedition und Kommission, im Buch- und Musikalienhandel, der Handelsvermittelung und der chemischen Industrie, sowie besonders im Geld- und Kredithandel. In den Betrieben mit ungeteilter Arbeitszeit haben etwa 32 Prozent eine Arbeitszeit von 8 Stunden und weniger, 43 Proz. eine solche von 8—9 Stunden, 12 Proz. von 9—10 Stunden, insgesamt also eine Arbeitszeit von 9 Stunden und weniger 55 Proz., eine solche bis zu 10 Stunden 88 Proz. der Betriebe. Die längste Arbeitsdauer haben unter den Gewerbegruppen im allgemeinen die Gewerbe der Nahrungs- und Genußmittel-Industrie und der Metallverarbeitung. Es wird sich fragen, ob, wenn später zum 8 Uhr-Ladenschluß übergegangen werden sollte, für die Geschäfte mit Nahrungsmitteln und Cigarren nicht eine Ausnahme gemacht wird.

⊙ **Berlin**, 1. November. (Telegramm.) Gestern vormittag unternahmen der Kaiser und die Kaiserin einen Ausritt. Mittags empfing der Kaiser den Oberpräsidenten von Bethmann-Hollweg, der auch zur Frühstückstafel gezogen wurde. Nachmittags machte der Kaiser einen Spaziergang. Zur Abendtafel waren keine Einladungen ergangen. — Heute vormittag hörte der Kaiser die Vorträge des Staatssekretärs des Reichsmarine-Amtes v. Tirpitz und des Chefs des Marine-Kabinetts Frhr. v. Senden-Bibran. Mittags hielt der Kaiser mehrere Empfänge ab, u. a. empfing er den Leiter der amerikanischen Jünglingsvereine James Stokes und nahm die Rapporte der Leibregimenter entgegen.

⊙ **Berlin**, 1. November. (Telegramm.) Der „Reichsanz." schreibt: Nachdem der Bundesrat beschlossen hat, daß die seitens der Regierung der Vereinigten Staaten Amerikas ergangene Einladung zur Teilnahme an der Weltausstellung in St. Louis 1904 angenommen werde, ist nach erfolgter Ermächtigung des Kaisers der Geheime Oberregierungsrat **Lewald** zum Reichskommissar für diese Ausstellung ernannt worden.

⊙ **Berlin**, 1. November. (Telegramm.) Wie die „Nordd. Allg. Ztg." hört, fanden folgende Veränderungen in der Besetzung der Posten von Legationssekretären statt: Der bisherige erste Sekretär bei der Botschaft in London, Freiherr v. Eckardstein, ist auf seinen Antrag unter Verzicht auf den gedachten Posten vom 1. November ab auf ein Jahr beurlaubt; zu seinem Nachfolger in London wurde der bisherige Legationssekretär in München v. Bernstorff ernannt, der durch den bisherigen Legationssekretär in Kopenhagen Graf v. Schwerin ersetzt wird. Auf den Sekretärposten in Kopenhagen ist der bisherige zweite Sekretär in Tokio Prinz Heinrich XXXI. von Reuß jüngere Linie berufen, der den bisher der Gesandtschaft in Bukarest kommissarisch zugeteilten Legationssekretär Frhr. v. Grünau zum Nachfolger erhält. Dem bisherigen zweiten Sekretär in London Dr. Scheller-Steinwarg ist der erledigte Posten des Legationssekretärs in Bukarest verliehen worden, während der bisherige Legationssekretär bei dem Generalkonsulat in Egypten Freiherr v. dem Bussche-Haddenhausen als weiter Sekretär nach London versetzt worden. Der Nachfolger des letzteren wurde der bisher bei der Botschaft in London aushilfsweise beschäftigte Legationssekretär Graf v. Luxburg. Den erledigten Posten des dritten Sekretärs in London erhielt der dort kommissarisch tätig gewesene Legationssekretär v. Oppel. Den zur Zeit unbesetzten Posten eines zweiten Sekretärs in Haag erhielt der frühere dritte Sekretär in London Graf v. Mirbach-Harff.

⊙ **Berlin**, 1. November. (Telegramm.) Wie die „Kreuzztg." erfährt, hat sich das Befinden des Reichstagsmitgliedes v. Levetzow so gebessert, daß es zu den besten Hoffnungen auf Wiedergenesung berechtigt.

⊙ **Berlin**, 1. November. (Telegramm.) In dem Befinden des Abg. Rickert, welches gestern Abend äußerst besorgniserregend war (nach anderweitigen Meldungen soll es sich dabei um einen neuen Schlaganfall gehandelt haben. Red.), trat heute nachmittag eine leichte Besserung ein.

— Die im preußischen Etat verlangten, vom Abgeordnetenhause aber abgelehnten Posten für Kreisschulinspectoren im Hauptamte werden in den nächsten preußischen Etat nebst Forderungen für einige weitere Stellen wiedereingestellt werden.

⊙ **Celle**, 1. November. (Telegramm.) Der Oberkonsistorialrat Hartwig wurde zum Abt von Lockum ernannt.

* **Cassel**, 1. November. Wegen seines hohen Alters hat der bald 70jährige Sanitätsrat Dr. Endemann (natlib.) abgelehnt, wieder eine Reichstagskandidatur anzunehmen. (Magdeb. Ztg.)

* **Liegnitz**, 31. Oktober. Die Reichstagsersatzwahl im Liegnitz für den verstorbenen Abg. Kaufmann findet am 11. Dezember statt.

-r. **Gera**, 1. November. Der Erbprinz empfing gestern auf Schloß Osterstein in feierlicher Audienz den Königl. sächsischen Kammerherrn und Oberschenk Graf v. Einsiedel, der als Abgesandter des Königs von Sachsen dessen Thronbesteigung anzeigte. In Begleitung des Abgesandten befand sich der Königl. sächs. Legationssekretär Dr. Wach. Sodann wurde vom Erbprinzen Freiherr v. Reitzenstein empfangen behufs Ueberreichung seines neuen Beglaubigungsschreibens als Königl. sächsischer Gesandter am fürstlichen Hofe. Nach den Audienzen fand Galatafel im Ahnensaale statt.

* **Straßburg**, 31. Oktober. Der bisherige Kurator der Universität Straßburg, Ministerialrat Hamm, hat um Enthebung von seinem Nebenamt nachgesucht. Dem Vernehmen der „Straßb. Post" zufolge beabsichtigt der Staatssekretär, Staatsminister v. Köller, die Kuratorialgeschäfte künftig selbst zu leiten. In preußischen Verhältnissen findet sich eine gewisse Analogie dazu, indem in Breslau und in Königsberg die Oberpräsidenten selbst als Kuratoren der dortigen Hochschulen fungieren. Das citierte Blatt fügt in merkwürdiger Ergebenheit hinzu: In den Universitätskreisen ist die Nachricht als Beweis des lebendigen Interesses der Landesverwaltung für die gedeihliche Weiterentwicklung unsrer Hochschule sehr gut aufgenommen worden.

* **München**, 31. Oktober. Zu der Abschaffung des bayerischen Generalsfederbutes schreibt die „Bayer. Prov.-Korresp." u. a.: „Man erzählt in der Presse, daß der Kaiser bei seiner letzten Anwesenheit in Bayern anläßlich der Jubelfeier des Germanischen Museums in Nürnberg aus eigener Machtvollkommenheit mit einem neuen Helm erschienen sei, um auf die maßgebenden bayerischen Kreise einen Druck auszuüben, den Schiffbau abzuschaffen und das preußische Muster nachzuahmen. Das ist natürlich blanker Unsinn, denn die Abschaffung des alten Generalsbutes war schon längst eine beschlossene Sache und wurde, wie dies bei allen Neuerungen auf militärischem Gebiete der Fall ist, schon Monate vorher der preußischen Militärverwaltung mitgeteilt, weshalb denn auch der Kaiser sehr wohl in der Lage war, bereits am 16. Juni den neuen Helm zu tragen. Daß es sich keineswegs um eine „Ueberrumpelung" gehandelt hat, geht übrigens schon daraus zur Evidenz hervor, daß bereits im Laufe des Nachmittags auch die damals in Nürnberg anwesenden bayerischen Prinzen den neuen Helm trugen, die Sache also offenbar schon von langer Hand vorbereitet war."

Frankreich.

König Eduard und die öffentliche Meinung.

Die Nachricht, daß König Eduard VII. demnächst in Cannes Aufenthalt nehmen werde, ist bereits widerrufen worden. Es verlohnt sich trotzdem, auf die Art hinzuweisen, wie jene Meldung in Frankreich aufgenommen wurde. Der „Figaro" leitete sie mit den Worten ein: „Eine glückliche Kunde ist gestern aus Cannes gekommen." — Und der „Figaro" schloß: „Jedermann in Frankreich wird sich über diese Reise freuen, die König Eduard seit langem plante, und die in gleicher Weise den Wünschen des Präsidenten der Republik und der französischen Regierung entspricht." — Sollte uns Deutschen die Wärme dieser Begrüßung nicht zu denken geben?

Großbritannien.

Kaiser Franz Josef und England.

Der frühere englische Botschafter in Wien Sir Horace Rumbold hat einen Artikel über das Verhältnis Englands zu Oesterreich-Ungarn geschrieben, in dem er auch König Alberts erwähnt. Es heißt da: Die Sympathien Kaiser Franz Josefs waren vorweg auf unserer Seite, und wer die sozialen Verhältnisse der Kaiserstadt kennt, weiß wohl, daß die Anglophobie in jener Atmosphäre nicht gedeihen konnte. Der Kaiser sprach mich im Cercle vor einem großen Hofball im Januar 1900 sofort an, während ich zwischen den Botschaftern Rußlands und Frankreichs stand und sagte: „Dans cette guerre je suis tout à fait du côté de l'Angleterre." Während seiner ganzen Regierung ist der Kaiser der festeste Vertreter eines herzlichen Einverständnisses mit uns gewesen und hat eifrig die Beziehungen gepflegen, die in einem Vierteljahrhundert bloß durch die vorüberziehende Wolke jenes berüchtigten